



D O K U M E N T E **der** **Konferenz**

Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht - Fakten, Analysen und politische Antworten

**Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration
der SPD-Bundestagsfraktion
am 8. November 2012 in Berlin**

Programm

- 13.30 Uhr **Eröffnung und Einführung**
Hilde Mattheis, MdB, Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit
- 13.45 Uhr **Begrüßung**
Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 14.00 Uhr **Der Arbeitsmarkt und die soziale Balance**
Dr. Hans-Jürgen Urban, Bundesvorstand der IG Metall
- 14.20 Uhr **Soziale Lage und Sicherheit im Alter**
Dr. Judith Kerschbaumer, ver.di
- 14.40 Uhr **Privates Vermögen, seine Verteilung und Auswirkungen der Ungleichverteilung**
Dr. Markus M. Grabka, DIW (Berlin)
- 15.00 Uhr **Der Sozialstaat, seine Aufgaben und Finanzierung**
Der Vorsitzende des AWO-Bundesverbandes Wolfgang Stadler (angekündigt) war erkrankt wurde von Dr. Joß Steinke (Referent beim AWO-Bundesverband) vertreten
- 15.20 Uhr **Diskussion: Handlungsbedarf und politische Antworten**
- 17.00 Uhr **Schlusswort**
- 17.15 Uhr **Ende der Veranstaltung**

VORWORT

Hilde Mattheis, MdB

Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion

Das zentrale Arbeitsfeld der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit ist die Begleitung und Verbesserung der Reichtums- und Armutsberichterstattung, die seit dem Jahr 2000 in regelmäßigen Abständen von der Bundesregierung vorgelegt wird.

Längst müsste der "Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" vorliegen. Für die Halbzeit der Legislaturperiode angekündigt, wurde seine Veröffentlichung seit dem Sommer dieses Jahres immer wieder verschoben.

So lag dieser Konferenz nur der Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts zu einer ersten Bewertung vor. Er soll ja – wie wir lesen konnten – im Kabinett noch bereinigt werden, was immer das heißen mag.

Aber eines lässt sich, wenn man sich die Schwerpunkte des Berichts ansieht, schon jetzt deutlich sagen – und da sind wir uns mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden einig:

Es ist trotz guter konjunktureller Lage zu einer Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft gekommen. Seit Veröffentlichung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts im Jahr 2008 ist die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinandergegangen.

Wir haben sowohl was die Ausbreitung der Armut, als auch die Reichtumskonzentration betrifft, ein Ansteigen der jeweiligen Extreme zur Spitze hin.

Das heißt, die Verteilungsfrage wird, was die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft anbelangt, ins Zentrum rücken.

Wir wissen, dass die Bundesregierung fast nichts auf den Weg gebracht hat, was die Armutsbekämpfung und – prävention entscheidend angegangen wäre.

Weder was die Schieflage der Primärverteilung betrifft noch was andere Maßnahmen angeht. So ist u.a. die Bilanz des Bildungs- und Teilhabepakets ist ungenügend. Fakt ist, dass bisher kaum mehr als die Hälfte der 2,5 Millionen anspruchsberechtigten Kinder Leistungen des Paketangebots erhalten haben. Jedes zweite bedürftige Kind geht also leer aus. Das hat mit Bildungs- und Chancengerechtigkeit nichts zu tun.

Außer der Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit findet sich nichts im "Nationalen Reformprogramm Deutschland" der letzten beiden Jahre zur Armutsbekämpfung und selbst die Langzeitarbeitslosigkeit wird wohl über pures Nichtstun schrumpfen.

Der Kampf gegen die Armut und die Reduzierung um 20 Prozent ist eines der fünf Kernziele der Strategie "Europa 2020", zu der sich die Bundesregierung verpflichtet hat.

Denn die demografische Entwicklung wird bis 2020 wohl schon von alleine für die angepeilte Reduktion um 20 Prozent sorgen. Oder wie es im Berichtsentwurf heißt „Die demografische Entwicklung wird zusätzlich auch mittel- und langfristig die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannen.“

Wir wissen, dass es vor allem der Arbeitsmarkt ist, der nach zwei Jahrzehnten der sogenannten „Flexibilisierung“ die soziale Spaltung in einem Maße vertieft hat, dass oft selbst die geleistete Arbeit nicht zum Lebensunterhalt ausreicht, dass es bei vielen Menschen mittlerweile ums pure Überleben geht.

Es ist geradezu ein Hohn wenn es im Berichtsentwurf heißt: „Alles in allem belegen die Daten eine positive Entwicklung der Lebenslagen in Deutschland: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist in den vergangenen Jahren besonders gut verlaufen.“

Inzwischen arbeitet ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Mehr als ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen muss mit Leiharbeit, Mini- und Midijobs, Teilzeit oder befristeten Arbeitsverträgen über die Runden kommen. Die wenigsten entscheiden sich freiwillig dafür, ein erheblicher Teil erhält nur einen Niedriglohn.

Zur Armut gehört der Reichtum. Die SPD hat immer besonderen Wert darauf gelegt, dass es gleichermassen ein Armuts- und Reichtumsbericht ist.

Deshalb hat die SPD-Bundestagfraktion die Bundesregierung aufgefordert, vor allem den Reichtumsteil der Berichterstattung zu verbessern. In diesem Antrag wird u.a. verlangt:

„Die Datenlage und die Erfassung dessen, was als „Reichtum“ definiert wird, wie er zustande kommt und wie er weitergegeben wird (Erbschaften), muss auf alle relevanten Bereiche ausgeweitet und verbessert werden. Der private Reichtum muss mit Blick auf besonders hohe Einkommen und Vermögen ähnlich differenziert und präzise erfasst werden wie die Armut im Armutsteil.“

Eine entsprechende Verbesserung ist jedoch im vorliegenden Berichtsentwurf nicht groß auszumachen. Aber eines wird an den wenigen Daten deutlich:

Die Reichtumsseite ist – trotz der Finanzmarktkrise - insgesamt so weit gewachsen, dass selbst „die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung“, wie im Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts zu lesen ist. Wir werden sehen, ob zumindest dieser Satz die „Bereinigungssitzung“ des Bundeskabinetts überlebt.

Deutschland ist ein Steuerparadies, was die vermögensbezogenen Steuern betrifft. Im internationalen Vergleich zahlen die hochvermögenden Deutschen um die Hälfte weniger

Steuern als im OECD – Durchschnitt und nur ein Drittel dessen, was in USA, Kanada, Frankreich oder Großbritannien der Allgemeinheit zur Verfügung steht.

Insgesamt wird vor allem das Einkommen hoher und höchster Vermögen seit Jahren privilegiert – und nicht nur dadurch, dass ihnen seit 16 Jahren die bis dahin fällige Vermögenssteuer geschenkt wurde. Bis zum Jahr 1996 hatte diese Steuer einen wichtigen Beitrag zu den Landeshaushalten erbracht, der dort spürbar fehlt.

Deshalb wird es in der Gesamtschau der Armuts- und Reichtumsentwicklung auch darum gehen:

Welche Verantwortung haben wirklich Vermögende in unserer Gesellschaft? Wie ist die Vermögenssteuer, wie ist die Erbschaftsteuer zu regeln?

Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist keine beiläufig zu erledigende Aufgabe. Sie muss wesentliche Grundlage für die Ausgestaltung sozial gerechter Politik sein.

Entsprechend gründlich werden wir uns mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht befassen. Diese Konferenz war nur ein erster, aber guter Aufschlag für die weitere Auseinandersetzung damit.

Ich danke, der Referentin und den Referenten dafür, dass sie eine erste kritische Durchsicht und weiterführende Kommentare des Berichtsentwurfs für diese Konferenz vorgelegt haben.

Die beigefügten Dokumente sind eine gute Grundlage für die weitere Arbeit der AG Verteilungsgerechtigkeit und alle an der Armuts- und Reichtumsberichterstattung Interessierten.

Diese Konferenz war Ausgangspunkt für die weitere Prüfung der Fakten und Indikatoren, der Analyse und Bewertung. Sie wird uns weiterhelfen, um zielgerechte politische Antworten auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 vorzulegen, die die soziale Balance und die soziale Gerechtigkeit in unserem Land wieder herstellen können.

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB,

Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion

Rede von Frank-Walter Steinmeier auf der Konferenz: „Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich willkommen zu unserer Konferenz über die Ergebnisse des vierten Armuts- und Reichtumsberichts. Man hat ja den Eindruck, wenn es nach der Bundesregierung ginge, dann sollte diese Veranstaltung am besten gar nicht stattfinden.

Was haben die nicht alles getan, um die Veröffentlichung des Berichts zu verzögern, zu relativieren und am besten ganz untergehen zu lassen. Erst hieß es, der Entwurf wird vor der Sommerpause veröffentlicht. Dann wird das verschoben. Dann werden einzelne Inhalte doch an die Presse durchgestochen. Und vom Wirtschaftsminister sofort in Frage gestellt. Das Kabinett hat sich bis heute nicht damit befasst.

Das zeigt doch zweierlei: Erstens, mal wieder, dass es der schwarz-gelben Regierung gut tun würde, mehr mit- als übereinander zu reden. Und zweitens, dass es dieser Regierung nicht ernst ist mit der Armutsbekämpfung in unserem Land – ja, dass die Frage des sozialen Zusammenhangs eine Frage ist, die diese Regierung weitgehend kalt lässt.

Dabei ging es uns damals, als wir nach der rot-grünen Regierungsübernahme schnell die Einführung eines Armuts- und Reichtumsberichts beschlossen haben, doch genau darum: Dass sich die Politik, die Regierung, regelmäßig mit der Frage der Verteilung von Armut und Reichtum beschäftigen muss. Dass dafür belastbare Zahlen herangeschafft werden. Und dass damit auch über politische Handlungsoptionen diskutiert werden muss. Wörtlich haben wir damals in unserem Antrag formuliert: „Einer gerechteren Verteilung von Wohlstand und Arbeit kommt entscheidende Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes zu. Armuts- und Reichtumsberichterstattung sind eine Voraussetzung für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes und damit für die Beseitigung der Armut.“

Nichts davon ist inzwischen überholt, Diagnose und Therapie bleiben richtig beschrieben. Und deshalb ist es unverantwortlich, die Fortschreibung des Berichtes immer weiter zu verschleppen.

Ich bin dennoch froh, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion, die Mitglieder der AG Verteilungsgerechtigkeit, die Verzögerungstaktik der Regierung durchkreuzen. Wir warten nicht auf einen formalen Kabinettsbeschluss. Und müssen das auch nicht. Mitte Oktober berichtete das Statistische Bundesamt über wachsende Armut in Deutschland. 16 Millionen aller Deutschen sind nach dessen Berechnungen von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. 16 Millionen, das sind fast 20% unserer Bevölkerung!

Und nur eine Woche später veröffentlichte die Bundesbank neue Zahlen, nach denen das Geldvermögen der Deutschen so hoch ist wie nie zuvor – zumindest zusammengerechnet. Im Frühjahr, mitten in der europäischen Finanzkrise, addierte sich das Geldvermögen aller privaten Haushalte auf eine Rekordsumme von 4,8 Billionen Euro!

So arm wie lange nicht, so reich wie nie zuvor – zwei Meldungen, die nicht zusammenpassen scheinen. Da ist etwas aus dem Lot geraten. Und deshalb müssen wir heute über die Verteilung des Wohlstands in unserem Land reden, mit oder ohne Kabinettsbefassung!

Die Schere zwischen Arm und Reich spreizt sich weiter – dieser Befund wird gestützt durch die Fakten, die aus dem Entwurf des Vierten Armuts- und Reichtumsberichts bereits bekannt geworden sind. Dort steht etwa, dass viele Menschen, unter ihnen alarmierend viele Kinder, in einem Haushalt mit Einkommen weit unter dem Durchschnitt lebe. Und dass sich gleichzeitig das insgesamt Vermögen der privaten Haushalte (also zusätzlich zum Geldvermögen auch Immobilien) seit 1992 mehr als verdoppelt habe. Ich wiederhole: Verdoppelt!

Insgesamt, man ahnt es nach diesen Zahlen ja bereits, konstatiert der Bericht: Die Privatvermögen sind in Deutschland immer ungleicher verteilt. Zehn Prozent der Haushalte vereinen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich. Die untere Hälfte der Haushalte verfügt im Gegenteil nur über rund ein Prozent des Nettovermögens.

Es geht dabei gar nicht nur um die Ungerechtigkeit dieser Zahlen an sich: Es geht um die soziale Balance in unserer Gesellschaft, und letztlich um unsere Demokratie. Wir haben in den letzten Jahren gelernt, dass einige Banken systemrelevant sind. Aber anscheinend haben wir verlernt, dass soziale Gerechtigkeit systemrelevant für unsere Demokratie ist. Es muss uns deshalb allen Sorgen machen, wenn mehr als die Hälfte aller Deutschen heute finden, dass es in unserem Land weitgehend oder sogar ganz und gar ungerecht zugeht.

Und ein weiterer Befund, der mir Sorgen macht: Während die Privatvermögen einiger Weniger wachsen, wird der Staat immer ärmer. Ersteres hat sich – ich habe es bereits gesagt – in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt; das Nettovermögen des deutschen Staates ist aber in der gleichen Zeit um 800 Milliarden Euro zurückgegangen.

Damit eins klar ist: Ich möchte hier keine Neiddebatte führen, oder Reiche an den Pranger stellen. Es ist kein Verbrechen, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Im Gegenteil. Aber es kommt auf die Ausgewogenheit an. „Nur Reiche können sich einen schlanken Staat leisten“, lautete der Kampfspruch der Linken einmal. Und es stimmt: Wenn dem Staat die Puste ausgeht für wichtige Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel in Bildung, dann sind es die Armen zuerst, die das merken. Wir wollen deshalb ganz bestimmt keinen Reichtum, keinen Wohlstand und keinen wirtschaftlichen Erfolg verhindern oder erschweren.

Aber wir müssen den Staat so handlungsfähig machen, dass er dafür sorgen kann, allen die gleichen Chancen auf Wohlstand, die gleichen Möglichkeiten zur Bildung, zum Aufstieg, zum eigenen Fortkommen zu geben. Das ist die sozialdemokratische Antwort auf soziale Ungleichheit!

Meine Generation hat gelebt vom Aufstieg durch Bildung. Wir konnten uns auf das Versprechen verlassen, dass es uns Kindern einmal besser gehen würde als den Eltern. Das hat sich heute gedreht. Die bedrückendste Zahl aus einem OECD-Bericht, den ich neulich in die Finger bekam, war die: 22% der Schulabgänger in Deutschland machen heute einen

niedrigeren Schulabschluss als ihre Eltern. Das Bildungsversprechen gilt so nicht mehr – aber das müssen wir wieder ändern!

Und wenn wir gleiche Chancen ermöglichen wollen, dann müssen wir Bildungsinvestitionen hochfahren. Und wenn wir einen handlungsfähigen, d.h. auch finanziell handlungsfähigen Staat brauchen, dann müssen wir öffentliche Verschuldung abbauen. Wir haben in den letzten Jahren ja alle miteinander gelernt, dass die dauerhafte Abhängigkeit von den Finanzmärkten keine Zukunftsoption sein kann.

Bildungsinvestitionen hoch, Staatsverschuldung runter: Beides zusammen geht nur – dafür reicht Adam Riese – wenn wir auch auf der Einkommenseite des Staates etwas verändern. Konkret: Wenn wir noch einmal über Steuerpolitik reden.

Meine Damen und Herren,

Sie wissen so gut wie ich: Wenn wir das Wort Spitzensteuersatz in den Mund nehmen, dann gibt es welche in der Regierung, die sofort laut aufheulen. Das haben wir wieder einmal gemerkt, als der Entwurf des Armuts- und Reichtumsbericht in die Presse kam. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Von denen, die Steuersenkungen für ihre Klientelgruppen beschließen und auch noch auf Pump finanzieren, von denen, die Prämien beschließen, um Kinder von Bildung und Sprachförderung fernzuhalten – von denen müssen wir uns nicht erzählen lassen, wie gerechte und zukunftsgerichtete Steuerpolitik aussieht!

Und ich bin mir ehrlich gesagt auch sicher: Die Menschen können diese ewigen Versprechungen sowieso nicht mehr hören. Sie haben die Nase voll von ungedeckten Schecks und handwerklicher Pfuscherei. 75 Prozent der Deutschen sprechen sich inzwischen für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes aus.

Unser Steuerkonzept nimmt das auf. Wie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir ein Land des sozialen Zusammenhalts, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir schlagen deshalb eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49% vor, der für Einkommen ab 100.000 Euro gelten soll. Gleichzeitig sollen auch die mehr beitragen, die über hohes Vermögen, über Erbschaften und Kapital verfügen. Noch einmal: Nicht aus Neid oder Anti-Reichen-Ideologie. Sondern, um notwendige Mehreinnahmen des Staates dort zu generieren, wo ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden sind. Im Kern ist das, worum wir bitten, eine Prise Patriotismus: Dass nämlich die, die in diesem Land – und auch mithilfe dieses Landes – wohlhabend geworden sind, ein wenig mehr mithelfen, um die unerlässlichen Aufgaben zu finanzieren.

Ganz wichtig ist mir, neben notwendigen Änderungen in der Steuerpolitik, aber ein zweiter Punkt. Die Christen sagen: Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Und so wird auch mehr Geld allein nicht helfen, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Armut bekämpfen, das heißt auch und vor allem: Arbeitslosigkeit senken, für gute Arbeit sorgen, und endlich Mindestlöhne einführen.

Im Entwurf des Berichtes gibt das Ministerium es ja selbst zu: „Stundenlöhne, die bei Vollzeit zur Sicherung des Lebensunterhalts eines Alleinstehenden nicht ausreichen, verschärfen

Armutsriskien und schwächen den sozialen Zusammenhalt." Eine bessere Begründung für die Einführung von Mindestlöhnen gibt es doch nicht! Ich bin gespannt, ob sich die gesamte Bundesregierung nun endlich darauf verständigen kann. Viel Hoffnung in die rationale Politik und Erkenntnisfähigkeit dieser Koalition besteht ja – ehrlich gesagt – nicht mehr!

Ich kann mir an dieser Stelle einen Verweis auf den Koalitionsgipfel am vergangenen Wochenende nicht verkneifen. Da hat man ja gemerkt, wie sich die Bundesregierung die Zukunft vorstellt. Es ist uns doch allen klar, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung nicht ewig anhalten wird. Erste Anzeichen dafür gibt es jetzt schon dafür, dass es bald auch bei uns wieder ruckeliger zugehen wird. Die Bundesregierung setzt sich damit nicht auseinander – dabei kommen wir doch von einem hohen Niveau! So schwer wäre das gar nicht. Wir sind nicht in der Lage von Griechenland, Spanien oder Italien. Auf der Tagesordnung des Koalitionsausschusses stehen aber nur alte Ladenhüter: Betreuungsgeld und Praxisgebühr. Das das eine kommen und das andere abgeschafft würde, war doch schon vorher klar – da hätten sie sich gar nicht treffen brauchen! Interessanter ist, was fehlte auf der Tagesordnung. Es fehlte eine Regelung für Kurzarbeit, es fehlte eine Verabredung zum Erhalt der Tarifeinheit, es fehlte der Mindestlohn. Nicht nur keine Einigung – nicht mal gesprochen wurde darüber! Franz Müntefering hatte Recht, als er die Politik der Koalition neulich als „Politik ohne Morgen“ bezeichnet hat. Um die Zukunft kümmern die sich wirklich nicht.

Armut bekämpfen heißt auch Arbeitslosigkeit senken, das war ein Leitgedanke sozialdemokratischer Regierungspolitik. Über die Erfolge und Auswirkungen werden Sie sicherlich heute noch intensiv diskutieren. Ich freue mich, dass heute auch Markus Grabka vom DIW zu unseren Gästen und Impulsgebern zählt. In einer kürzlich erschienenen Studie hat er nämlich von einer Trendwende gesprochen, was die Auseinanderentwicklung der Einkommensverhältnisse angeht. Die Lohneinkommen besser- und geringverdienender Deutscher rücken wieder zusammen.

Das ist doch mal eine erfreuliche Nachricht! Und eine Nachricht, die damit zu tun hat, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung endlich wieder zunimmt. Das dürfen nicht nur wir Sozialdemokraten auch einmal mit Stolz zur Kenntnis nehmen! Die Reformen, die wir in unserer Regierungszeit in Angriff genommen haben, waren schmerzlich. Aber das Ziel, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, das haben wir erreicht. Hilde Mattheis hat eben bereits über die Wichtigkeit der Primärverteilung gesprochen. Auch unser österreichischer Freund Alfred Gusenbauer, der frühere Bundeskanzler, hat uns bei unserem Zukunftskongress vor wenigen Wochen noch einmal ins Stammbuch geschrieben: Sekundärverteilung ist schön und gut – aber sie kann niemals korrigieren, was bei der Primärverteilung verloren geht. Deshalb brauchen wir nicht nur anständige Mindestlöhne, sondern wir brauchen vor allem anständige Tariflöhne!

Es ist jetzt ein guter Moment, um darüber zu reden, wie wir die Schere zwischen Arm und Reich verringern können. Denn unsere eigene Erfahrung zeigt – und die Studie aus dem DIW scheint das zu untermauern: Politik ist nicht machtlos. Wenn wir den Mut zur Gestaltung haben, können wir die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. Darüber wollen wir heute diskutieren – und ich freue mich, dass Sie alle mit uns nachdenken, mit uns reden und mit uns handeln wollen! Herzlichen Dank.



| Vorstand

Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Der Arbeitsmarkt und die soziale Balance

**Konferenz der SPD Bundestagsfraktion
„Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht“
am 8.11.2012 in Berlin**

Auf gutem Weg? (1)



„Alles in allem belegen die Daten eine positive Entwicklung der Lebenslagen in Deutschland: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist in den vergangenen Jahren besonders gut verlaufen. Als Ergebnis insbesondere der Arbeitsmarktreformen werden heute in Deutschland auch bei bescheidenem Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit insgesamt ist auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken, die Arbeitslosenquote Jugendlicher hat sich halbiert und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen konnte deutlich reduziert werden. Die Zahl der Kinder und Erwerbsfähigen in Bedarfsgemeinschaften sind rückläufig. Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dies eine beachtlich positive Entwicklung.“

Quelle: Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom 17.9.2012, Seite III

Auf gutem Weg? (2)



„Dies schlägt sich allerdings nicht bei der Armutsrisikoquote, der Niedriglohnquote und dem Vermögensaufbau der Menschen in Deutschland nieder. Hier bestehen weiterhin deutliche Ungleichheiten in den Lebenslagen. Wesentliche Voraussetzung für eine Besserung bei den genannten Indikatoren ist eine weitere positive Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung. Wenn dies gelingt, kann davon ausgegangen werden, dass sich auch diese Indikatoren – mit zeitlicher Verzögerung – positiv verändern.“

Quelle: Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung vom 17.9.2012, Seite III

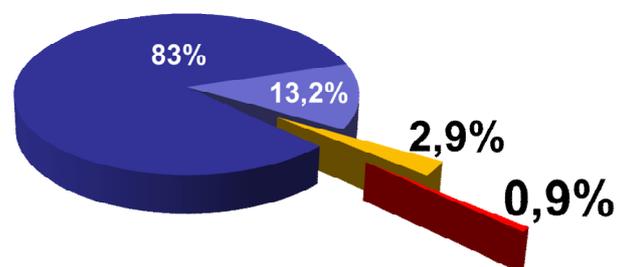
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

3

Unmittelbar vor dem gesetzlichen Rentenalter ist kaum noch jemand im Betrieb tätig



Altersstruktur in den Betrieben des Organisationsbereichs der IG Metall



Quelle:
Betriebsrätebefragung
der IG Metall Juli 2012

■ über 60 - 63 ■ über 63 ■ maximal 60 ■ weiß nicht/keine Angabe

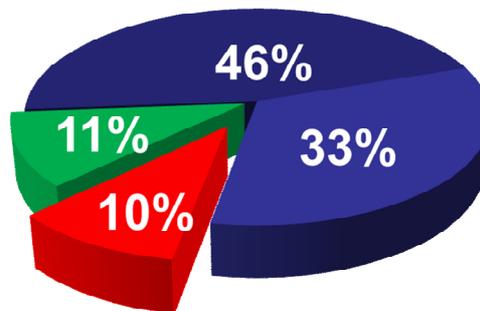
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

4

Arbeitsbedingungen lassen Arbeiten bis 65 nicht zu



Können Beschäftigte gesund und leistungsfähig das gesetzliche Rentenalter von über 65 erreichen?



■ Ja, in der Regel ■ überwiegend ■ eher nicht ■ nahezu nie

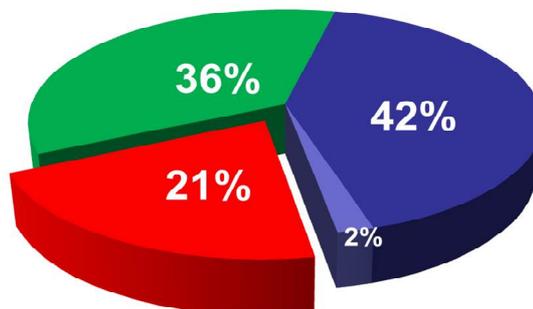
Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

5

Keine ausreichenden betrieblichen Angebote für den Altersausstieg



Gibt es im Unternehmen Angebote, die den Beschäftigten einen Ausstieg vor Eintritt des gesetzlichen Rentenalters ermöglichen (z.B. Altersteilzeit)?



Quelle:
Betriebsrätebefragung
der IG Metall

■ ja, ausreichend ■ ja, aber nicht ausreichend ■ nein ■ weiß nicht

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

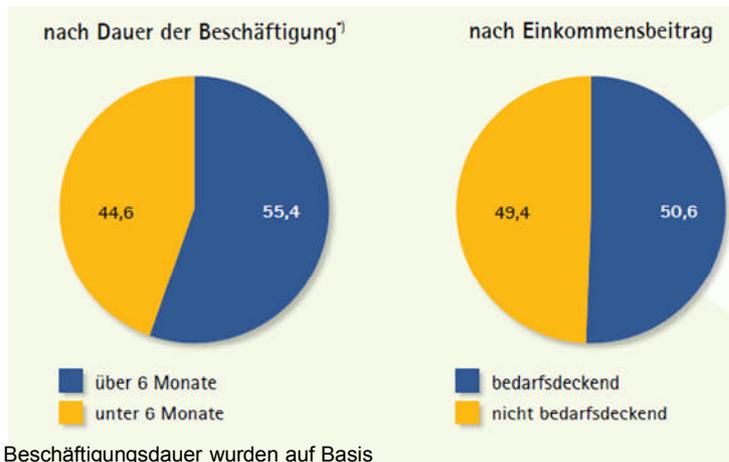
6

Endlosschleife zwischen Job und Arbeitslosigkeit: Keine dauerhafte Überwindung von Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit



Arbeitsaufnahmen von Hartz IV Beziehern 2008 (in Prozent)

Im Jahr 2008 nahmen 1,177 Mio. Hartz IV-Empfänger, die zuvor arbeitslos waren, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf.



*) Angaben zur Beschäftigungsdauer wurden auf Basis des 1. Halbjahres 2008 hochgerechnet.

Quelle: IAB-Kurzbericht 14/2011

Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

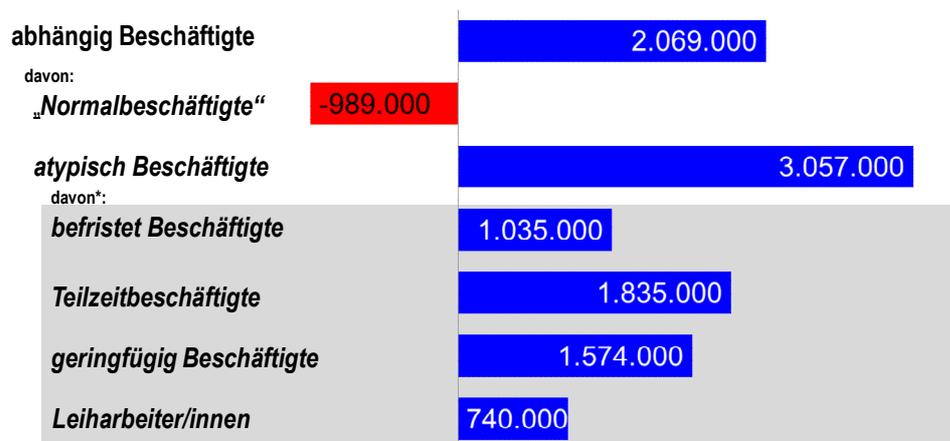
7

Atypische Beschäftigung auf dem Vormarsch



Veränderung der Beschäftigung zwischen 1996 und 2011

Von 1996 bis 2011 stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten von 29,5 auf 31,6 Mio.



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012 (Mikrozensus), eigene Berechnungen

* Mehrfachnennungen möglich

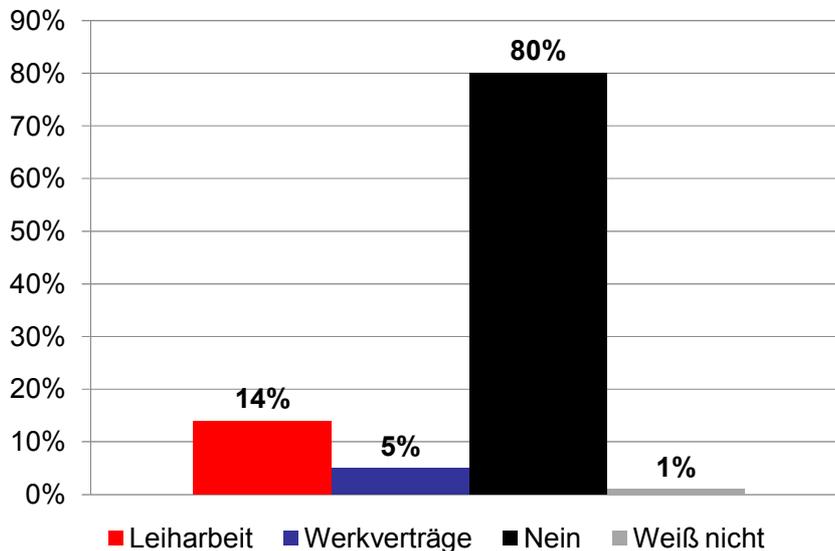
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

8

Fast ein Fünftel der IG Metall Betriebsräte sieht Verdrängung von Stammarbeitsplätzen



Wurden in Eurem Betrieb Stammarbeitsplätze ersetzt durch:



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall zur Beschäftigungsentwicklung, September 2012

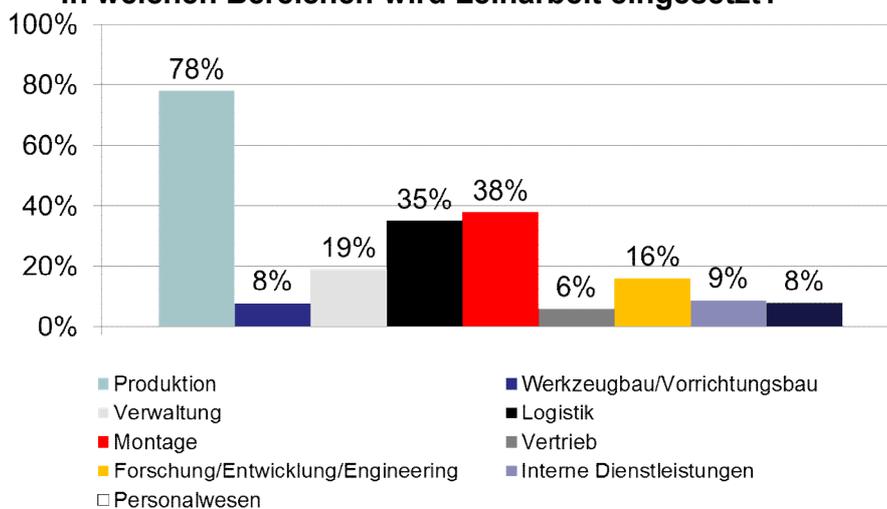
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

9

Atypische Beschäftigung durchzieht alle Arbeitsbereiche



IG Metall Betriebsrätebefragung:
In welchen Bereichen wird Leiharbeit eingesetzt?



Quelle: IG Metall Betriebsrätebefragung September 2012

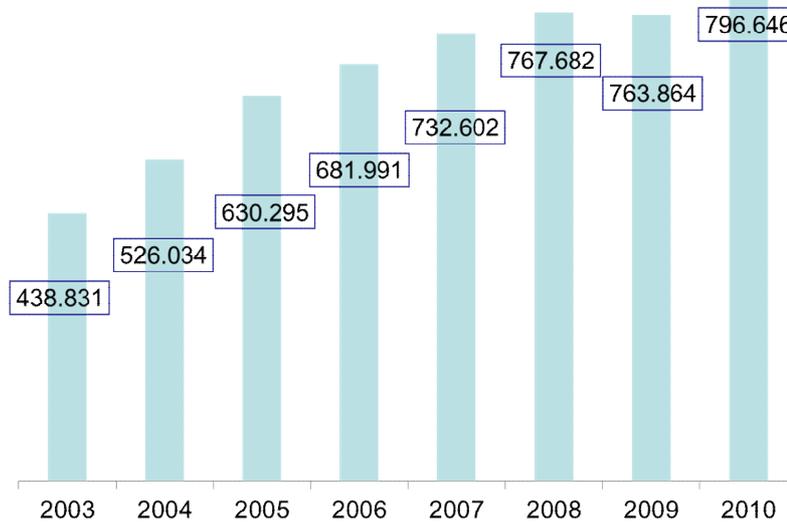
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

10

Altersarmut – ein wachsendes Problem



Empfänger von Grundsicherung im Alter 2003-2010 in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), Soziale Sicherheit 4/2012

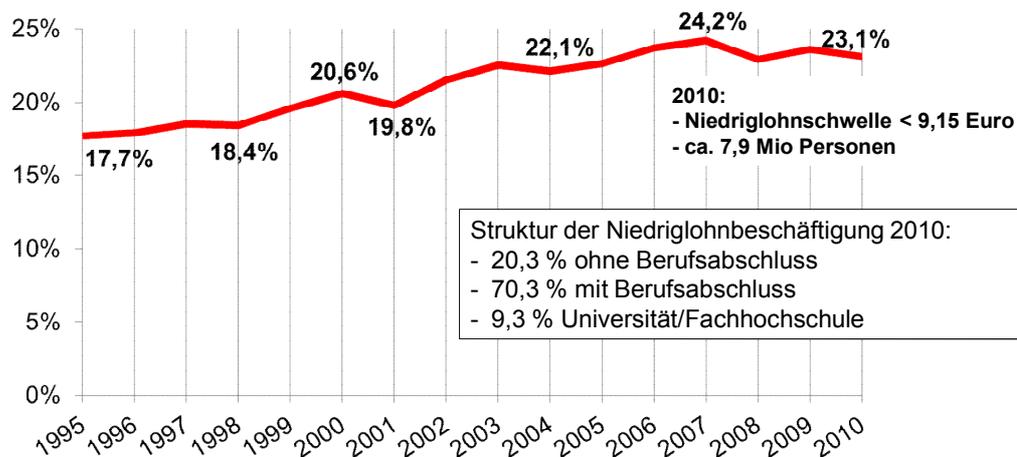
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

11

Fast jeder Vierte arbeitet im Niedriglohnsegment



Anteil der Niedriglohnbeschäftigung (relativer Schwellenwert von zwei Drittel des bundesweiten Medianlohns)



Quelle: IAQ-Report 1/2012

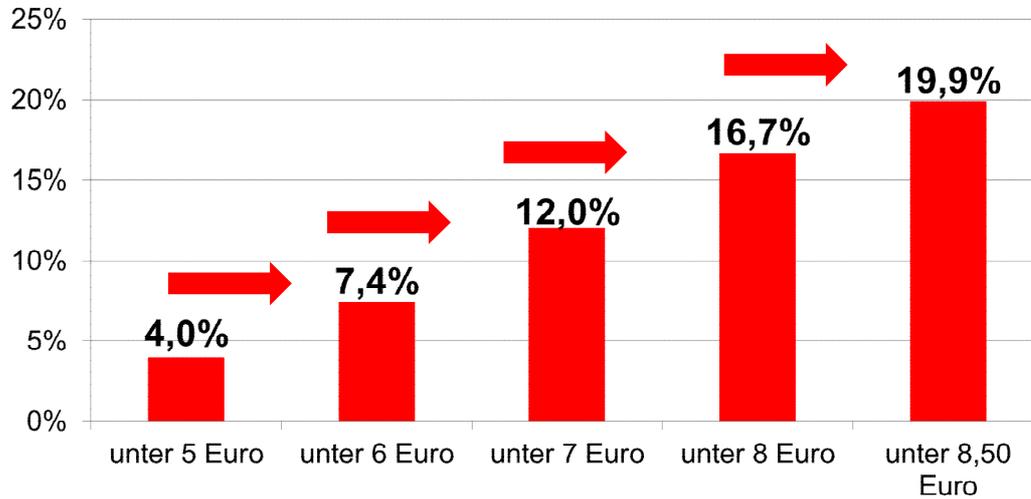
Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

12

...4 Prozent der Beschäftigten verdient sogar unter 5 Euro



Umfang der Beschäftigung im Niedriglohnbereich 2010



Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

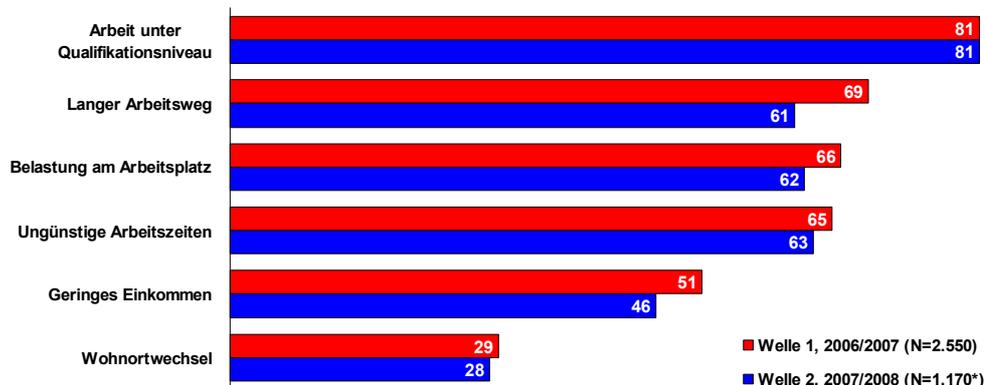
13

Hartz IV-Empfänger sind zu vielen Zugeständnissen bei der Jobsuche bereit



Hartz IV-Empfänger, die bei der Arbeitsuche zu folgenden Konzessionen „auf jeden Fall“ oder „eher“ bereit wären

Anteile in Prozent, gewichtet Ergebnisse der 1. und 2. Befragungswelle



*Die kleinere Stichprobe in Welle 2 begründet sich durch Panelausfall und dadurch, dass weniger Personen aktiv Arbeit suchen sowie durch mehr fehlende Werte in den Variablen.

Quelle: IAB-Panelerhebung „Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung“ (PASS)

Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

14

Hartz-Reformen befördern Schocks und Verunsicherung der Beschäftigten



„Die deutlich zunehmende Einkommensungleichheit im Zusammenwirken mit den ...Hartz-Reformen‘ ... scheinen wesentlich zur Verunsicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beigetragen zu haben....“

„ ... Die westdeutschen Ergebnisse liefern darüber hinaus Indizien, dass es ... nicht nur unter den real von Arbeitslosigkeit Betroffenen, sondern auch unter *Beschäftigten* zu einem *nachhaltigen Schock* durch die so genannten „Hartz-Reformen“ gekommen sein könnte.“

Quelle: IAQ-Report 2010-02, S. 10 u. 7.



Vielen Dank!



Soziale Lage und Sicherheit im Alter

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion
„Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht“

Berlin, 8. November 2012

Dr. Judith Kerschbaumer
Leiterin des Bereichs Sozialpolitik in der ver.di Bundesverwaltung



mitmachen
einmischen
soziale politik mit ver.di

Dr. Judith Kerschbaumer
ver.di-Bundesverwaltung, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Stand: November 2012 / Folie 1

ver di
Bereich Sozialpolitik
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Armuts- und Reichtumsbericht (Entwurf vom 18.9.2012)

- Die reichsten 10 % der Deutschen verfügen über mehr als 50 %, die untere Hälfte verfügt nur über 1 % des Gesamtvermögens
- Das private Nettovermögen hat sich in den letzten 20 Jahren von 4,6 Billionen € auf 10 Billionen € mehr als verdoppelt
- Das Nettogesamtvermögen des Staates sank zugleich um 800 Milliarden €
- Zugleich gilt jeder siebte Deutsche als armutsgefährdet
- Armutsrisiko älterer Menschen stieg zwischen 1998 und 2009 um 3,9% von 10,8 % auf 14,7 %

(siehe *sopaktuell* Nr. 127 vom 24.9.2012)

mitmachen
einmischen
soziale politik mit ver.di

Dr. Judith Kerschbaumer
ver.di-Bundesverwaltung, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Stand: November 2012 / Folie 2

ver di
Bereich Sozialpolitik
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Was ist Altersarmut?

- **Gesetzliche Armutsgrenze: 688 € (BMAS)**

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII):

Betroffen: 2,5% der über 64-Jährigen



- **Armutgefährdungsgrenze: weniger als 848 € (DeStatis)**

Menschen gelten dann als armutsgefährdet, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens (Medianeinkommens) der Gesamtbevölkerung auskommen müssen.
(Statistisches Bundesamt, Wert für 2011, PM des DeStatis vom 13.9.2012, 315/12)

Betroffen: 22,3% Bremen, 22,2% M-P – 11,2% BaWü

D: 15,1 %

aBL: 14%

nBL: 19,5%

- **Armutgefährdungsgrenze: weniger als 940 € (EU)**

Der Armuts- und Reichtumsbericht behauptet:

„...Die gesetzliche Rentenversicherung ist dabei mit 65 Prozent des Bruttoeinkommens die dominierende Einkommensquelle...“ (S. 284)

Fakt ist: keine Differenzierung nach aBL/nBL und Männern/Frauen

Anteil der Alterssicherungssysteme am Leistungsvolumen (brutto)

Alterssicherungssysteme	Deutschland			Alte Länder			Neue Länder		
	Alle	Männer	Frauen	Alle	Männer	Frauen	Alle	Männer	Frauen
Gesetzliche Rentenversicherung	77 %	72 %	83 %	72 %	67 %	79 %	98 %	98 %	99 %
Betriebliche Altersversorgung	6 %	8 %	3 %	7 %	10 %	3 %	0 %	0 %	0 %
Zusatzversorgung öffentl. Dienst	3 %	3 %	3 %	3 %	3 %	4 %	0 %	1 %	0 %
Beamtenversorgung	13 %	15 %	9 %	15 %	18 %	12 %	1 %	1 %	0 %
Alterssicherung der Landwirte	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	2 %	0 %	0 %	0 %
Berufsständische Versorgung	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %	0 %	0 %	0 %

Der Armuts- und Reichtumsbericht behauptet:

„...Das deutsche Alterssicherungssystem ist stabil und sicher.“ Die Absenkung des Beitragssatzes bedeutet „...eine Milliardenentlastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber...“ (S. 284)

Fakt ist: Die Absenkung von 19,6% auf 18,9% führt zu:

Beitragsausfällen von	8,4 Mrd. € ,
Entlastung der Arbeitgeber von	3,2 Mrd. €
Entlastung der Arbeitgeber von	3,2 Mrd. €

beim Durchschnittsverdiener/in rd. **10 € mtl.**

Eine Forsa-Umfrage des DGB vom August 2012 ergab, dass rd. 80% der Befragten lieber verlässliche und auskömmliche Renten hätten.

Der Armuts- und Reichtumsbericht behauptet:

„...Die Renten wurden zum 1. Juli erhöht. ... Das bedeutet deutlich höhere Renten und ein mehr an Kaufkraft für die über 20 Mio. Rentnerinnen und Rentner.“ (S. 284)

Fakt ist:

Die Rentenanpassung von durchschnittlich **2,2%** wurde von der Inflation von rd. **2,3%** mehr als aufgezehrt. Ein mehr an Kaufkraft gab es nicht.

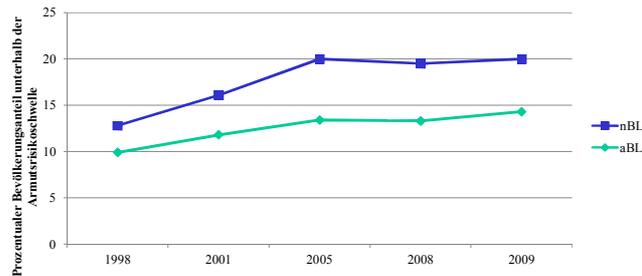
Der Armuts- und Reichtumsbericht behauptet:

Die Einkommens- und Vermögenssituation der Älteren von heute ist überdurchschnittlich gut.

Fakt ist: Die Armutsgefährdung ist in den meisten Bundesländern gestiegen.

aBL: 14%
nBL: 19,5%

Armutsrisikoquote in den alten und neuen Bundesländern im Zeitvergleich



(Statistisches Bundesamt, PM vom 13.9.12 – 315/12)

mitmachen
einmischen
soziale politik mit ver.di

Dr. Judith Kerschbaumer
ver.di-Bundesverwaltung, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Stand: November 2012 / Folie 7

ver di
Bereich Sozialpolitik
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Zahlbeträge (netto) der Altersrenten nach Bestand und Zugang

	 Männer aBL	 Männer nBL	Frauen aBL	Frauen nBL
Bestand (2011)	987€	1.058 €	495 €	711 €
Zugang 2011	868 €	867 €	487 €	681€
volle EM-R. 2011 (im Jahr 2000)	673 € (835 €)	612 € (740 €)	597 € (613 €)	649 € (689 €)

Standardrente (nach 45 Beitragsjahren immer mit Durchschnittsentgelt):

rd. 1.265 € (brutto), rd. 1.110 € (netto) (aBL, Zahlen ab 1.7.2012);

Quelle: Deutsche Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen, Oktober 2012.

mitmachen
einmischen
soziale politik mit ver.di

Dr. Judith Kerschbaumer
ver.di-Bundesverwaltung, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Stand: November 2012 / Folie 8

ver di
Bereich Sozialpolitik
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Mehr Rentnerinnen und Rentner mit Nebenjob



Am 31.12.2011 hatten

792.000 Männer und Frauen über 65 J.

einen Minijob
(davon rd. 120.000 älter als 70 Jahre).

Insgesamt gab es am 31.3.2011 **7,2 Mio.** und am 31.12.2011 **7,5 Mio.** Minijobber/innen.

Von 7,5 Mio. Minijobber/innen waren:
10,5% über 65 Jahre.

2,8 Mio. Männer (davon 15% über 65 Jahre) und 4,7 Mio. Frauen (davon 7,8% über 65 Jahre)

mitmachen
einmischen
soziale politik mit ver.di

Dr. Judith Kerschbaumer
ver.di-Bundesverwaltung, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Stand: November 2012 / Folie 9

Bereich Sozialpolitik
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Der Armuts- und Reichtumsbericht behauptet:

„In Deutschland existiert ein ausgebautes System zur Absicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums. ... Die Grundsicherung als verlässliches Netz ist direkt das **zentrale Instrument zur Vermeidung von Altersarmut.**“ (S. 288)

Fakt ist: Die Zahl der Empfänger/innen von Grundsicherung ist 2011 um **5,9%** gestiegen.

Von den über 65-Jährigen waren
2,2 % Männer und 2,9% Frauen auf Grundsicherung angewiesen.

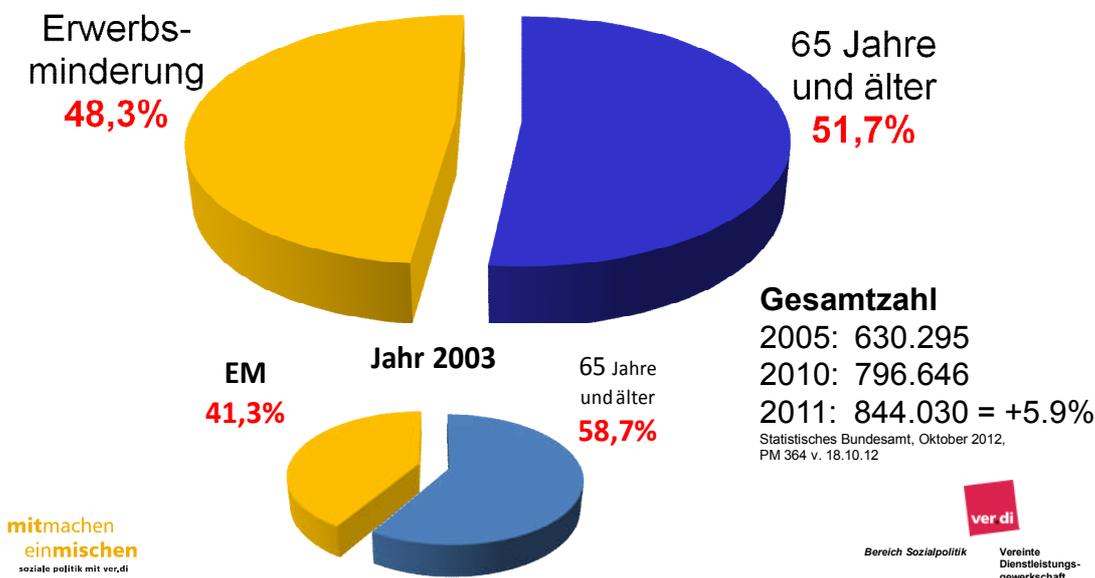
(Statistisches Bundesamt, PM vom 18.10.12 – 364/12)

mitmachen
einmischen
soziale politik mit ver.di

Dr. Judith Kerschbaumer
ver.di-Bundesverwaltung, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Stand: November 2012 / Folie 10

Bereich Sozialpolitik
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Struktur der Empfänger/innen von „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (Stand 31.12.2011)



Der Armuts- und Reichtumsbericht behauptet:

„...Infolge der Niveauabsenkung in der Rentenversicherung und der Lohnspreizung in den vergangenen Jahren werden insbesondere Niedrigverdiener, die ihr Leben lang gearbeitet und oftmals nicht zusätzlich für das Alter vorgesorgt haben, im System der Grundsicherung landen. Besonders betroffen sind zudem auch Menschen, die gesellschaftlich relevante Leistungen wie die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen erbracht haben. ...“ (S. 284)

Maßnahmen der Bundesregierung (S. 305ff.) :

- Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- Rentenpakete; Herzstück ist die Zuschussrente
- Zusätzliche Altersvorsorge ist heute unverzichtbar

Die Zuschuss-Rente



Höhe: 850 € brutto (weniger als 30,3 EP)

mit Kinderkomponente +150% (300 € + 450 € = 750 €)

ohne Kinder + 50% (300 € + 150 € = 450 €)

Voraussetzung der Zuschussrente:

- **40 Versicherungsjahre** (ab 2023: 45 Jahre)
- **30 Beitragsjahre** (ab 2023: 35 Jahre)
- **5 Jahre zusätzliche Vorsorge**
(ab Rentenbeginn 2019 von 5 auf 35 Jahre)

Einkommensanrechnung!

Die Zuschuss-Rente



gilt nicht für Versicherte, die vor Inkrafttreten in Rente gehen

„Die Zuschuss-Rente ist nicht darauf angelegt, heute von
Grundsicherung lebende Menschen aus diesem
verlässlichen, bestehenden Fürsorgesystem zu holen.“

(Presseinfo des BMAS vom 9.9.2011)

Inanspruchnahme und Kosten laut BMAS:

in 2013: 50.000 Pers. (2030: 1,4 Mio. Pers.)

Kosten in 2013: rd. 90 Mio. € (2030: 3,4 Mrd. €)

Keine Maßnahmen gegen Altersarmut!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Kontakt:

Dr. Judith Kerschbaumer

Leiterin des Bereichs Sozialpolitik
Ressort 5, ver.di Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10, D - 10179 Berlin
Fon: 0049-30-6956-2148, Fax: 0049-30-6956-3553
judith.kerschbaumer@verdi.de

Mehr Infos unter: www.sopo.verdi.de



Privates Vermögen, seine Verteilung und Auswirkungen der Ungleichverteilung

Dr. Markus M. Grabka (DIW Berlin / SOEP)

„Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht.
Fakten, Analysen und politische Antworten“

Konferenz der SPD Bundestagsfraktion

8. November 2012, Berlin

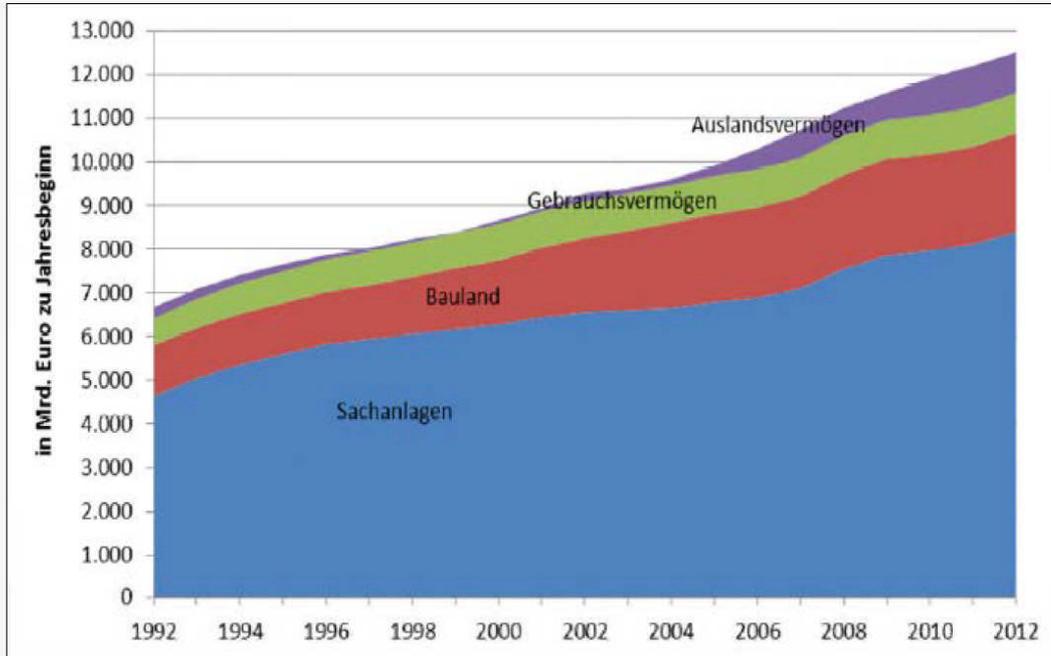
Gliederung

1. Gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz
2. Vermögensverteilung
3. Erbschaften und deren Besteuerung
4. Auswirkungen

Gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz



The German
Socio-Economic
Panel Study



3

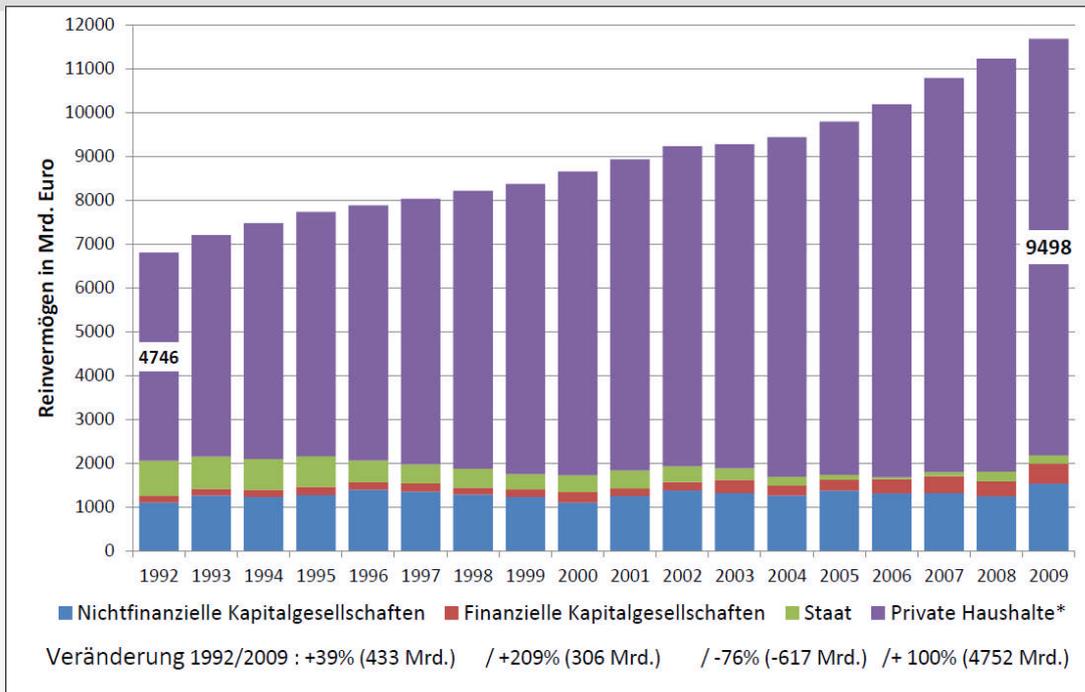
Quelle: Entwurf des 4. A+R, Seite 49



Reinvermögen nach Sektoren



The German
Socio-Economic
Panel Study



4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank (2011)



Reinvermögen nach Sektoren

- Nahezu eine Verdopplung seit 1992
- Finanz- und Wirtschaftskrise keinen sichtbaren Effekt
- Nettovolksvermögen je Kopf der Bevölkerung beträgt circa 142.000 Euro
- Nettovermögen der privaten Haushalte je Kopf der Bevölkerung beträgt circa 116.000 Euro
- Untererfassung: Nicht erfasst u.a. Vorratsvermögen, Agrarland, Bodenschätze, Wasservorräte, Wertsachen, Eigentum von Inländern an Unternehmen und Grundstücken im Ausland

5

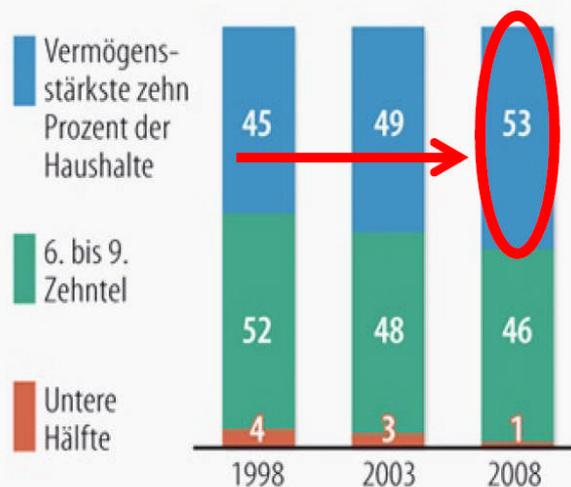
Vermögensverteilung

Verteilung des Privatvermögens

in Deutschland (Anteil am Nettovermögen in Proz.)¹⁾

Datenbasis

- EVS, Quotenstichprobe
- ohne Wertsachen
- ohne Anwartschaften an Alterssicherungssystemen (z.B. berufsständische Versorgungswerke)
- ohne Betriebsvermögen
- Verwendung einer oberen Abschneidegrenze → Reichtum“ fehlt



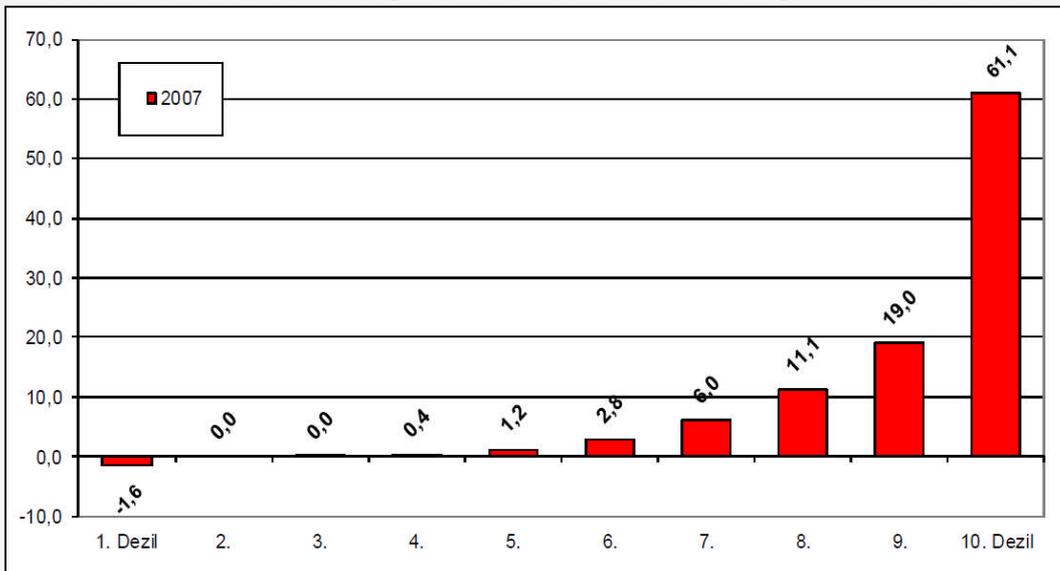
1) Inkl. Immobilien.

Quelle: Bundesregierung / F.A.Z.-Grafik Brocker

6

Vermögensverteilung

Anteil des Nettovermögens am Gesamtvermögen nach Dezilen



Top 1%: 22,8% (Original-SOEP)

Bach et al. 2011: 35,8%

Quelle: Frick & Grabka 2009, auf Basis des SOEP

Vermögensverteilung

Ausgewählte weitere Defizite

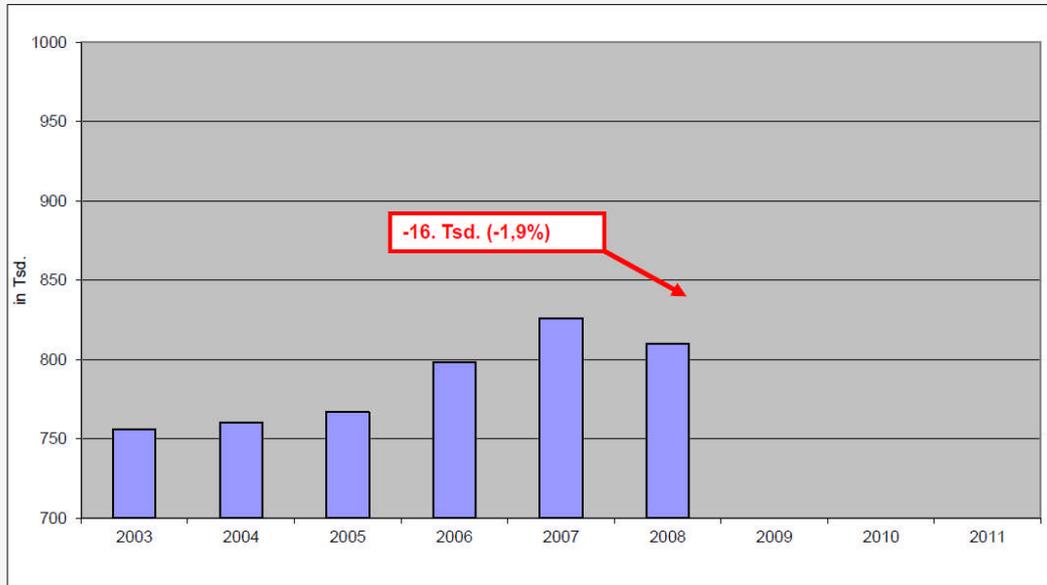
- Vermögensportfolio über die Vermögensverteilung hinweg (z.B. Relevanz von Betriebsvermögen)
 - Beschreibung des „Vermögensreichtums“:
„Unter denjenigen, die über mehr als das Doppelte des Durchschnittsvermögens verfügen ...“ (Entwurf des 4. A+R: S. 337)
→ Doppelte des Mittelwert = 236.000 €
 - Sozio-demographische Struktur des „Vermögensreichtums“ ?
 - Vermögensmobilität ?
 - Ist Reichtum Ergebnis eigener Leistung oder eher das Ergebnis besserer Startchancen (→ ist eine höhere Besteuerung angemessen ?)
- sehr wenig Informationen zum „Vermögensreichtum“

Vermögensverteilung



The German
Socio-Economic
Panel Study

Vermögensmillionäre in Deutschland 2003-2011



Quelle: World Wealth Report 2004-2012, Merrill Lynch, Capgemini

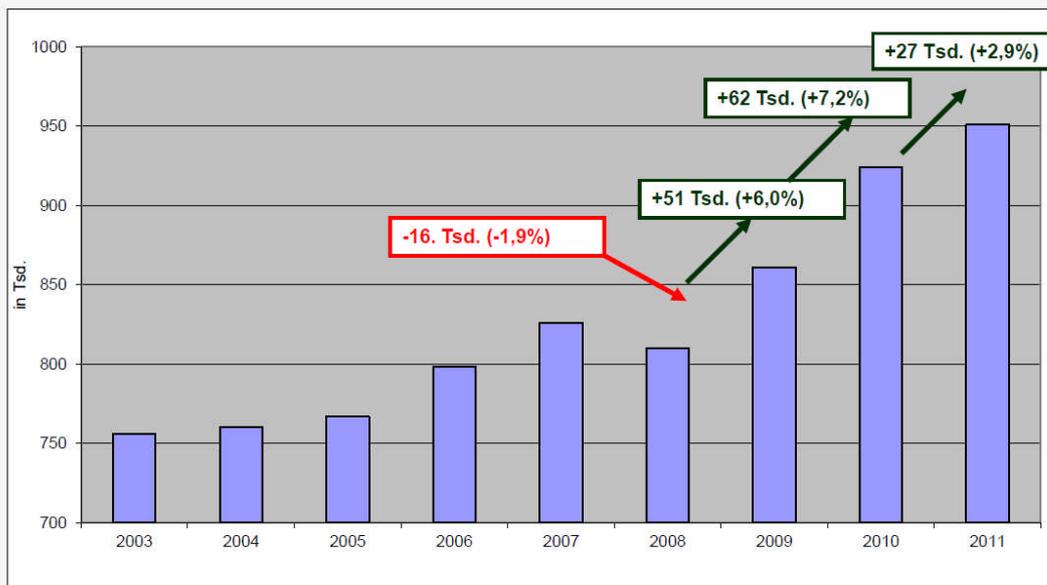


Vermögensverteilung



The German
Socio-Economic
Panel Study

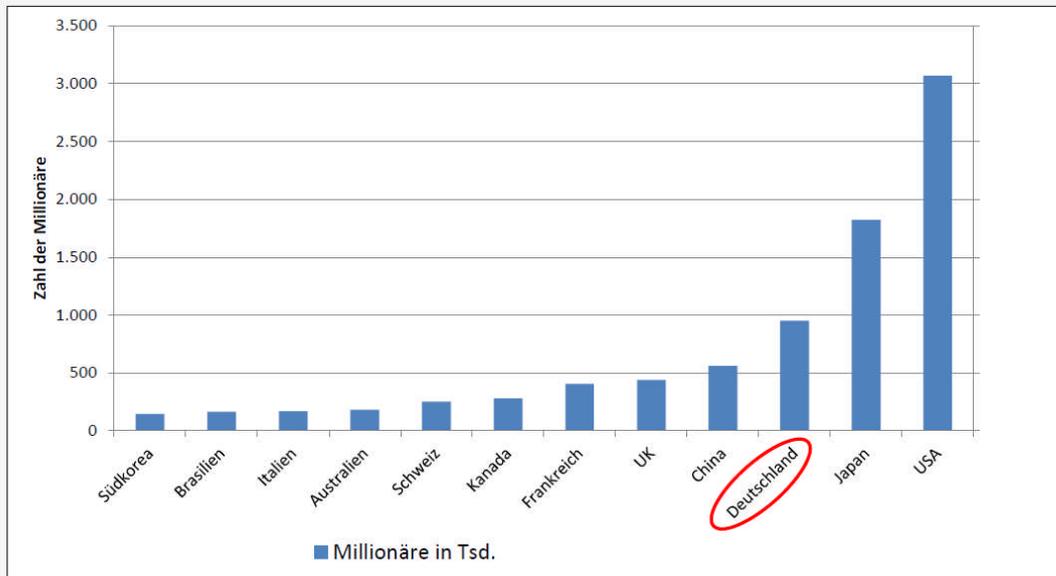
Vermögensmillionäre in Deutschland 2003-2011



Quelle: World Wealth Report 2004-2012, Merrill Lynch, Capgemini



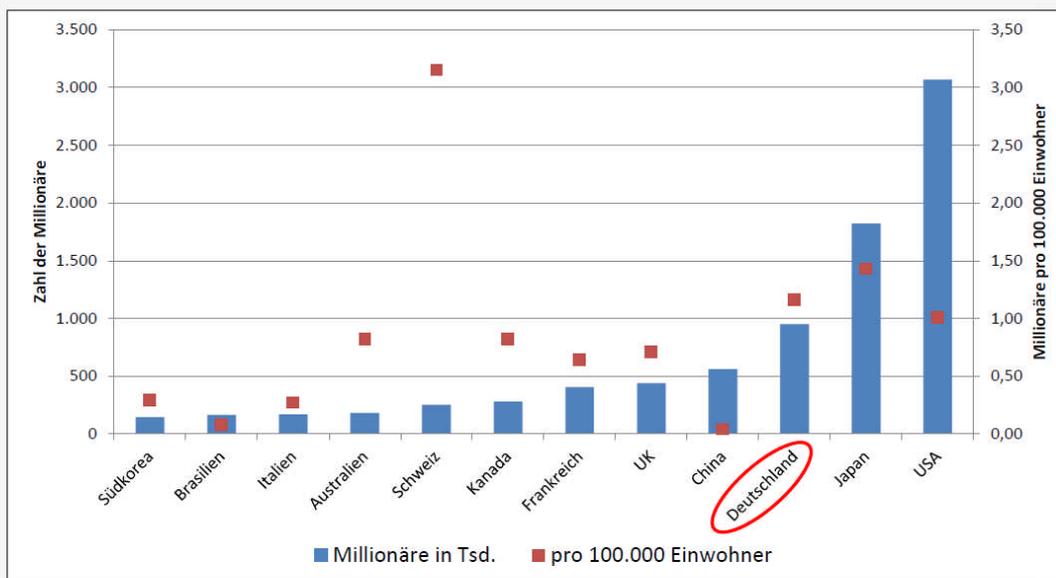
Vermögensmillionäre weltweit, 2011



HNWIs are defined as those having investable assets of US\$1 million or more, excluding primary residence, collectibles, consumables, and consumer durables.

Quelle: World Wealth Report 2012, Meryll Lynch, Capgemini

Vermögensmillionäre weltweit, 2011



HNWIs are defined as those having investable assets of US\$1 million or more, excluding primary residence, collectibles, consumables, and consumer durables.

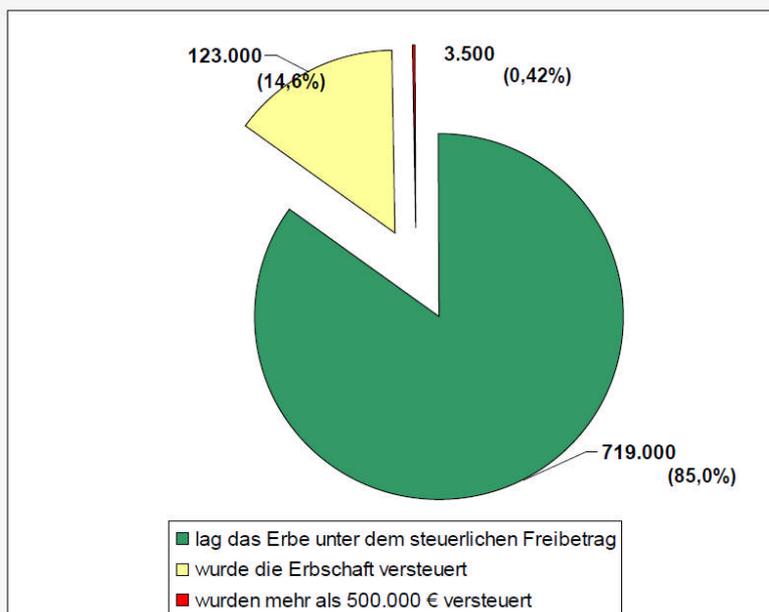
Quelle: World Wealth Report 2012, Meryll Lynch, Capgemini

Erbschaften und deren Besteuerung

13

Erbschaften und Besteuerung

2002 starben in Deutschland 842.000 Personen, davon ...



→ 128.500 steuerpflichtige Fälle (15%)

Quelle: Beckert 2007, Statistisches Bundesamt 2008

14

Erbschaften und Besteuerung



The German
Socio-Economic
Panel Study

Steuerpflichtige Erwerbe (Erbschaften/Schenkungen) und Steueraufkommen

Jahr	Steuerpflichtiger Erwerb						Festgesetzte Steuer in Mrd. €
	Gesamt		Erwerb von Todes wegen		Schenkungen		
	Fälle	in Mrd. €	Fälle	in Mrd. €	Fälle	in Mrd. €	
2007	187.297	28,2	141.848	15,8	45.449	12,4	4,2
2008	190.574	33,1	141.196	17,5	49.378	15,5	4,7
2009	176.692	28,6	133.836	15,2	42.856	13,3	4,3
2010	139.528	30,6	110.810	15,9	28.718	14,6	4,6

2008/2009: Ergebnis der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer
Rückgang 2008/2010 = **-27%** steuerpflichtige Erwerbe

Quelle: Entwurf des 4. A+R Seite: 335

→ **Relevanz von Erbschaften für die Reichtumsgenese**

63% spielt Erbschaften eine wichtige Rolle (Böwing-Schmalenbrock 2012)

15

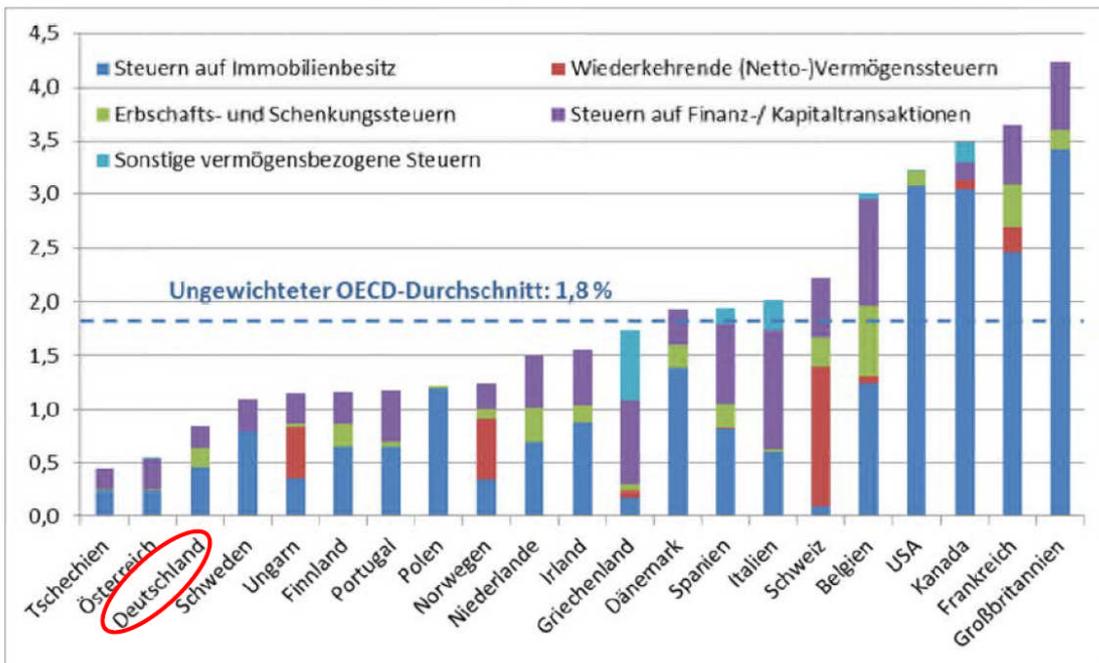


Erbschaften und Besteuerung



The German
Socio-Economic
Panel Study

Steueraufkommen aus vermögensbezogenen Steuern im internationalen Vergleich, 2010



Quelle: OECD Revenue Statistics 2012. Niederlande, Polen: Werte von 2009. Entwurf des 4. A+R Seite: 336

16



Auswirkungen

Auswirkungen

Armut und Lebenserwartung

Lebenserwartung bei Geburt und ab einem Alter von 65 Jahren nach Einkommen (Angaben in Jahren) Männer (links) Frauen (rechts)

Einkommensgruppen	Lebenserwartung		gesunde Lebenserwartung	
	bei Geburt	ab 65 Jahre	bei Geburt	ab 65 Jahre
< 60%	70,1	12,3	56,8	10,5
60-80%	73,4	14,4	61,2	12,5
80-100%	75,2	15,6	64,5	13,7
100-150%	77,2	17,0	66,8	14,8
> 150%	80,9	19,7	71,1	16,4
Gesamt	75,3	15,7	64,8	13,6

Einkommensgruppen	Lebenserwartung		gesunde Lebenserwartung	
	bei Geburt	ab 65 Jahre	bei Geburt	ab 65 Jahre
< 60%	76,9	16,2	60,5	13,4
60-80%	81,9	19,8	66,2	16,6
80-100%	82,0	19,9	68,7	17,0
100-150%	84,4	21,8	71,4	18,4
> 150%	85,3	22,5	73,8	18,4
Gesamt	81,3	19,3	68,5	16,4

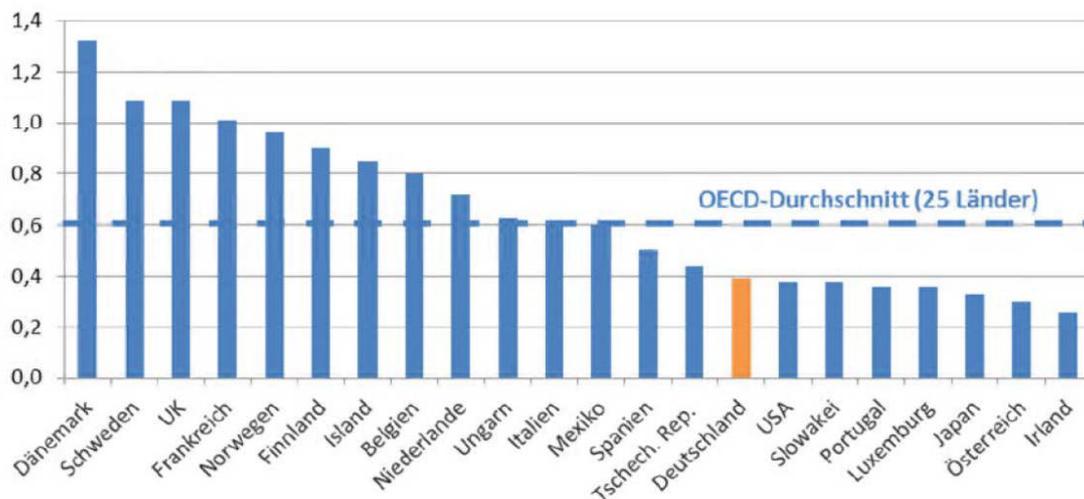
Differenz (<60% vs. >150%):

+10,8	+7,4	+14,3	+5,9	+8,4	+6,3	+13,3	+5,0
--------------	-------------	--------------	-------------	-------------	-------------	--------------	-------------

Quelle: T. Lampert (2009): Soziale Ungleichheit und Gesundheit im höheren Lebensalter. In: K. Böhm, C. Tesch-Römer und T. Ziese (Hg.): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit und Krankheit im Alter, RKI, Berlin, S. 121-133.

Die soziale Herkunft determiniert weiterhin den Bildungserfolg

- Maßnahmen: Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder ab 1 Jahr hat sich seit 2006 auf mehr als 500.000 verdoppelt.
- Aber: Investitionen in frühkindliche Bildung und Betreuung im internationalen Vergleich mit 0,4 Prozent des BIP "immer noch weit unterdurchschnittlich".
"In Ländern wie Dänemark oder Schweden beträgt dieser Anteil das Dreifache"



Bildung als zentrales Problemfeld

„Kompetenzlücken, die entstehen, weil Kindern Förderung und Bildung am Lebensanfang fehlen, kulminieren im Lebensverlauf und sind später nur mit mehrfachem Mitteleinsatz zu schließen.“

(Seite XV, Entwurf des 4. A+R)

„Alle staatlichen Ebenen müssen sich noch stärker als bisher dafür einsetzen, die Startchancen aller Kinder zu verbessern. Es ist auch unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen, wie die Finanzausstattung für Bildung durch neue Einnahmequellen verbessert werden kann.“

(Seite XVIII, Entwurf des 4. A+R)

III.2.8 „Reiche vermögen mehr“ (S. XXXVIII, Entwurf des 4. A+R)

„Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.“

(S. XLII, Entwurf des 4. A+R)

21

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit !

22

**Für den AWO Bundesverband: Dr. Joß Steinke, Abteilungsleiter Arbeit/Soziales/Europa
08. November 2012 (gekürztes Redemanuskript)**

Die AWO bedankt sich ganz herzlich für die Gelegenheit, einige Punkte zu verdeutlichen. Das Thema Armut und in diesem Zusammenhang der Sozialstaat und seine Aufgaben liegen der AWO seit jeher am Herzen.

„Wenn sich für gesellschaftliche Gruppen Armutsrisiken sogar über Generationen verfestigen und Chancen zur sozialen Mobilität, d.h. zur Verbesserung der Lebenslage, unzureichend vorhanden sind, besteht Handlungsbedarf.“ (Seite II des vorliegenden Entwurfs des ARB)

Das soll eine „Leitlinie“ der Bundesregierung sein! Sie zieht die Frage nach sich, welche Daten denn eigentlich noch benötigt werden, damit die Bundesregierung erkennt, dass dieser Handlungsbedarf in dramatischer Weise besteht. Das zeigt die Armutsforschung seit Jahren. Die OECD hat dies in mehreren Studien bestätigt, ebenso wie viele andere Studien auch. Dabei wird immer wieder deutlich, dass wir es mit einem Verfestigungstrend am unteren Rand der Armut zu tun haben, was darauf hindeutet, dass es immer schwieriger wird, sich aus Armutslagen wieder zu befreien. Der Bericht selbst bestätigt dies im Grunde auch, wenn man die Zahlen selbst sprechen lässt. Im Text wird dieser Fakt stellenweise relativiert.

Teil I: Zur Methodik des 4. ARB

Zur Methodik des Berichts haben die anderen Referentinnen und Referenten bereits sehr viel gesagt. Die AWO kommt nicht zu abweichenden Einschätzungen. Die grundsätzlichen Erwägungen, die Verwirklichungsgerechtigkeit nicht mehr in den Blick zu nehmen, scheint zumindest stellenweise zu einer recht eindimensionalen Betrachtung geführt zu haben, die an der gesellschaftlichen Realität in Deutschland vorbeigeht. Das zeigt sich an den Indikatoren, die aus Sicht der AWO an vielen Stellen eher verschleiern als aufzudecken. Was fehlt sind die Tendenzen. An vielen Stellen verfälscht dies das Bild, das Bestandszahlen suggerieren. Wer beispielsweise einen Überblick über atypische Beschäftigung erhalten will, sollte nicht auf Bestandszahlen schauen, sondern auf neu abgeschlossene Verträge und jüngere Kohorten, die von den Veränderungen am Arbeitsmarkt stark betroffen sind.

Ein weiteres Beispiel für problematische Indikatoren ist die Wohnungsversorgung. Besorgniserregende Tendenzen werden zwar an einigen Stellen des Berichts erwähnt, aber nicht systematisch erfasst. Im Abschnitt zur Wohnungsversorgung wird als Indikator die Zufriedenheit der Haushalte mit ihrer Wohnungssituation gewählt und berichtet, dass die Mietbelastung konstant geblieben ist. Das widerspricht allen Erkenntnissen über die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich und blendet Entwicklungen komplett aus. Die Mieten steigen gerade in letzter Zeit rasant, ebenso die Nebenkosten. Zudem werden seit Jahren viel zu wenige Sozialwohnungen geschaffen, deren Bestand seit Jahren sinkt. Der Deutsche Mieterbund spricht davon, dass in Deutschland derzeit 4 Millionen Sozialwohnungen fehlen.

Ein drittes Beispiel ist die Reichtungsmessung. Die wird über Einstellungen und Wahrnehmungen abgebildet. Darüber hinaus verweist der Bericht auf die höhere Spenderquote der Vermögenden. Das sind aus Sicht der AWO die falschen Indikatoren. Es fehlen harte Daten, die den Reichtum in Deutschland erfassen. Der Sozialbericht, den das Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, kann hier als Vorbild gelten: Dort wurde beispielsweise auf Basis der Einkommenssteuer berechnet, dass die obersten 1.000 Spitzenverdiener im Jahr 2007 durchschnittlich über ein Äquivalenzeinkommen von 3,37 Millionen Euro verfügten. Derartige Indikatoren fehlen im Bericht der Bundesregierung.

Das Lesen wird erschwert durch die mangelnde Verbindung zwischen den einzelnen Passagen. Plötzlich begegnet man unvermittelt Passagen, die kaum eingebunden sind. Es wird erkennbar, dass viele externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Referate/Abteilungen zugearbeitet haben. Besonders auffällig ist jedoch, dass eine Interpretation der Daten an vielen Stellen komplett fehlt. Die Darstellungen der Tätigkeiten der Bundesregierung am Ende jedes Kapitels ist kein Ersatz dafür.

Ein Punkt ist besonders hervorzuheben. Die gesamte Diskussion zerfällt im Grunde in zwei Darstellungen von Armut: Auf der einen Seite werden SGB-II-Leistungsempfänger oder Langzeitarbeitslose als Personen, die gerade nicht mehr von Armut betroffen sind, in den Mittelpunkt gestellt. Damit wird im Grunde absolute Armut gemessen – und suggeriert: Das Problem besteht gar nicht oder ist sogar rückläufig. Auf der anderen Seite werden Messkonzepte relativer Armut herangezogen, die ein abweichendes Bild wiedergeben. Das Armutsrisiko steigt – trotz guter Konjunktur – immer weiter.

Zwar ist dies den Verfassern durchaus aufgefallen, denn im Vorspann wird, wenn auch in einigen wenigen Zeilen der Zusammenhang zwischen diesen beiden Messungen dargestellt. Die AWO wird an dieser Stelle einhaken, denn hier ist der entscheidende Punkt: Zugespitzt formuliert läuft es auf eine einfache Frage hinaus: Wie ist es möglich, dass die Arbeitsmarktlage so gut ist, die Konjunktur läuft und die Armut weiter rasant steigt? Aus Sicht fehlt im Bericht selbst eine Einordnung; diese wurde nun im Rahmen dieser Konferenz teilweise vorgenommen.

Die generelle Argumentation der Bundesregierung ist bereits bekannt: Das Nationale Reformprogramm misst „Armut und soziale Ausgrenzung“ einzig an der Anzahl der Langzeitarbeitslosen. Dabei wird eine enge Definition von Arbeitslosigkeit herangezogen. Das heißt, es sind alle Aufstocker nicht erfasst. Ebenso wenig sind alle die arbeiten und unter der Armutsgrenze liegen nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für Maßnahmeteilnehmer und alle ab 58, die ein Jahr kein Jobangebot haben etc. An genau dieser Stelle gilt es, immer wieder einzuwickeln. Dabei ist es jedoch, aus Sicht der AWO so, dass die Armutslagen immer dramatischer werden, so dass es der Bundesregierung LEIDER (!) immer schwerer fallen wird, die Entwicklung durch statistische Tricks zu kaschieren.

Am Bericht, wie auch in Bezug auf die Indikatoren und die gesamte Konzeption hätte die AWO gerne in stärkerem Maße mitgewirkt. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind aufgrund ihrer Arbeit und Nähe zu den von Armut betroffenen Menschen geradezu

prädestiniert, sich in besonderer Weise einzubringen. Anders als es das BMAS darstellt war diese Einbindung jedoch eher formaler Natur, ein echter Dialog bestand unserer Einschätzung nach nicht. Die Bereitschaft dafür besteht von Seiten der AWO uneingeschränkt!

Teil II: Der Sozialstaat, seine Aufgaben und seine Finanzierung

Stellenweise enthält der Bericht Daten, die durchaus interessant sind. Das gilt gerade im Hinblick auf das zu besprechende Thema „der Sozialstaat und seine Aufgaben“. Hier verdeutlicht der Bericht aus Sicht der AWO eine besorgniserregende Tendenz, die zu selten diskutiert wird.

Ein paar Auszüge aus dem Berichtsentwurf selbst:

1. Die Gewinneinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind seit 2003 (mit einer Unterbrechung in 2009) rasant gestiegen.
2. Das gesamte Volksvermögen ist seit 2007 um fast zwei Billionen Euro gestiegen.
3. Das Nettovermögen der privaten Haushalte hat sich in den letzten 20 Jahren auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Das ist die eine Seite, die andere lautet:

4. Gleichzeitig ist im selben Zeitraum das Nettovermögen des Staates um 800 Mrd. Euro gesunken.
5. Rasant gestiegen ist im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen für den Finanzsektor die Schuldenstandquote der öffentlichen Haushalte. Sie stieg im Verhältnis zum BIP auf fast 85 Prozent an.

Übersetzt heißt das: In einem schwachen Staat wachsen die Vermögen und Einkommen der Reichen. Von Armut betroffene Personen werden immer weniger geschützt.

Hier wird eine Entwicklung deutlich, die wir als AWO schon seit längerem mit Besorgnis verfolgen. Mit Blick auf die Fragestellung ist es an dieser Stelle wichtig, darauf hinzuweisen, dass DER Sozialstaat in Deutschland in der Diskussion, auch in der Wissenschaft vorwiegend an passiven Transferleistungen festgemacht wird. Darüber hinaus geht es auch darum, die Konferenz noch um einen Aspekt zu erweitern. Die Beiträge der Vorrednerinnen und Vorredner haben ja bereits zentrale Aspekte der deutschen Sicherungssysteme aufgegriffen und ausführlich kommentiert. Aber es ist so, dass die meisten Darstellungen und Vorträge mit dem Satz beginnen: „Ich messe den deutschen Sozialstaat jetzt mal an Rentenzahlungen und/oder dem Arbeitslosengeld“. Das ist verständlich und nachvollziehbar. Zudem ist natürlich auch der AWO das Niveau der Transferleistungen ein zentrales Anliegen. Davon zeugen zahlreiche Stellungnahmen, Tagungen etc.

Aber hier geht es darum, den Begriff des Sozialstaats um das zu ergänzen, was in der Debatte um Schweden „vorsorgender Sozialstaat“, genannt wird. Es geht um einen Sozialstaat, der präventiv fördert, der Humankapital aufbaut und Menschen hilft, für sich selbst zu sorgen. Ein Sozialstaat, der qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Programme anbietet, eben nicht nur monetärer Art und der nach einem umfassenden Verständnis Menschen nicht alleine lässt. Hierzu hat die FES im Mai einen interessanten Beitrag veröffentlicht (Sven Jochem: Der vorsorgende Sozialstaat in der Praxis). Das passt im

Übrigen sehr gut zu der Frage der Chancengleichheit, die Frank-Walter Steinmeier eingangs angesprochen hat.

Es ist nicht so, dass es so etwas bei uns nicht gibt, die AWO hatte immer schon einen solchen Ansatz, aber hier stehen wir mit unserem deutschen Sozialstaat schlecht da, gerade, wenn man mal nach Schweden schaut. Wenn man diese Lücke schließen will, muss man dafür aber Mittel bereitstellen, es gibt einen solchen Sozialstaat nicht zum Nulltarif.

Die Langzeitstudie zur Kinderarmut der AWO liefert in dieser Hinsicht interessante Fakten. Die Studie begleitete 900 Kinder vom Vorschulalter an über einen Zeitraum von 15 Jahren und untersuchte ausführlich die qualitativen Folgen von Armut auf die Entwicklung dieser Kinder. Die entscheidenden Faktoren, die über das Aufwachsen von Kindern bestimmen sind das Einkommen und der Bildungshintergrund der Eltern sowie die Familienform, in der das Kind aufwächst. Eltern brauchen sichere Arbeit mit armutsfesten Löhnen, aber auch ein qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für ihre Kinder. Klar ist, dass die bloße Verbesserung von materieller Armut Kindern nicht hilft, der Armutsfalle zu entkommen. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen mehr Verantwortung für deren Entwicklung übernehmen und das Netz von Institutionen, die Familien, Kindern und Jugendlichen, die beratend und unterstützend zur Seite stehen, muss so dicht werden, dass jede Familie, die Hilfe benötigt, diese auch bekommt.

Dies ließe sich auf viele Bereiche erweitern, aber gerade dieser vorsorgende Sozialstaat wird Opfer der öffentlichen Armut. Es wird weiter gekürzt: Bei Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten für Familien, bei Langzeitarbeitslosen, beim Übergang Schule-Beruf, der so wichtig ist, im Bereich der Gesundheitsprävention und, und, und. Gerade da wird weiter gekürzt. Die Frage, welche Auswirkungen Fiskalpakt und Schuldenbremse haben, steht zusätzlich im Raum. Wir sind auf keinem guten Weg!

Die Bundesregierung (oder Teile der Bundesregierung) scheinen darauf zu reagieren, indem sie die Lösung der Probleme in privaten Stiftungen und sozialen Unternehmen sucht. Hier hat die EU-Kommission die Initiative übernommen und ist dabei, ihre Vorstellungen eines Sozialstaats auf die Länder zu übertragen. Sie setzt dabei sehr stark auf soziale Innovationen und mehr Markt, der diese befördert. Ihre Mechanismen sind Richtlinien und Verordnungen sowie Anreize über neue Förderinstrumente. Dabei findet sie zunehmend Gehör. Es ist jedoch problematisch, wenn die Kommission über die Krise und erzwungene Einsparungen nun auf diese Weise mehr Einfluss auf unsere Sozialpolitik bekäme – zumal mit so einem Ansatz.

Allerdings erteilt der vorliegende Entwurf des 4. ARB, ob intendiert oder nicht, einem solchen Politikwechsel eine Absage. Im sozialen Bereich sind private Stiftungen – das wird klar aufgezeigt – nämlich kaum tätig. Im Bericht heißt es:

„Staatliches Engagement und bezahlte Arbeit darf nicht durch freiwilliges Engagement ersetzt werden, sondern sollte es sinnvoll ergänzen.“ (Seite XLI des vorliegenden Entwurfs des ARB)

Das ist richtig, genau so arbeitet die AWO. Menschen brauchen kontinuierliche und qualitativ hochwertige Angebote. Und diese müssen regelfinanziert sein. Zu diesem Bewusstsein müssen wir erst wieder zurückkehren.